



Haushalt 2023: Änderungsantrag der FDP- Kreistagsfraktion zum Antrag der CDU- Kreistagsfraktion zum Projekt "Wohnen für Alle" der Brücke Rendsburg-Eckernförde e. V.

VO/2022/108	Fraktionsantrag
öffentlich	Datum: 16.11.2022
<i>FB 4 Soziales, Arbeit und Gesundheit</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Katrin Schliszio

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
17.11.2022	Sozial- und Gesundheitsausschuss (Beratung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Entfällt

Beschlussvorschlag

Ein Beschlussvorschlag erfolgt nach Beratung in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem beigefügten Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.11.2022.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

172.000,--Euro + 3.000,-- Euro

Anlage/n:

1	Haushalt 2023_Antrag FDP_Wohnen für Alle
---	--

An die Vorsitzende
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
des Kreises Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. von Milczewski
(christine.von.milczewski@gruene-fraktion-rd.de)

Herrn Prof. Ott z.K.
(stephan.ott@kreis-rd.de)

FDP-Kreistagsfraktion
Rendsburg-Eckernförde
Kreishaus Kaiserstraße 8 24768 Rendsburg
Telefon: 04331 202 359
Telefax: 04331 202 563
rene.banaski@fdp-fraktion-rd-eck.de
www.fdp-fraktion-rd-eck.de

13.11.2022

Antrag für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.11.2022

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die FDP-Fraktion reicht folgenden Änderungs-Antrag zum CDU Antrag „Wohnen für Alle“ für die nächste Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses ein:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss möge empfehlen:

1. Ein Budget von 172.000 € + 3.000 €, wie von der CDU vorgeschlagen, für ein Projekt mit dem Ziel „Wohnen für Alle“ in den Haushalt des Jahres 2023 einzustellen.
Jedoch abweichend zum CDU-Antrag soll über die Projektfreigabe der Brücke e.V. und die für das erste Jahr veranschlagten 172.000 € erst nach einem erfolgreichen Sondierungsgespräch entschieden werden.
2. Ein Sondierungsgespräch soll im ersten Halbjahr 2023 z.B. Format des Dialog Forum Wohnen oder in einer ähnlichen von der Verwaltung organisierten Sitzung / Arbeitsgruppe erfolgen.
Dafür sollen die sozialen Institutionen und Organisationen im Kreis sowie die Kommunen mit ihren Kompetenzen und Netzwerken gleich zu Beginn einbezogen werden.
Ebenfalls wünschenswert sind hierzu Vertreter vom Konzept WohnEck.
Ziel sind potenzielle Gesellschafter/Mitgliedern für eine Projekt-Organisation zur Umsetzung Wohnraumvermittlung und Begleitung für Menschen mit Vermittlungshemmnissen zu gewinnen.
3. Die Basis für das Sondierungsgespräch stellt der Antrag der Brücke e.V..
Zusammen mit allen Akteuren soll das Projekt und mögliche Alternativen / Veränderungen geprüft werden. Bei bestätigten Erfolgsaussichten soll das Projekt der Brücke oder eine entsprechende Alternative / Überarbeitung in einem der folgenden Sozial- und Gesundheitsausschuss beraten und beschlossen werden.
Über die weitere Finanzierung eines entsprechenden Projektes soll spätestens im dritten Quartal 2023 im Sozial- und Gesundheitsausschuss beraten werden.
4. Die Förderintentionen des Landes sollen geprüft werden.

Begründung:

Bezahlbarer Wohnraum im Kreis ist knapp und noch schwerer zu bekommen, wenn Vermittlungshemmnisse vorliegen. Viele Kommunen verfügen nicht mehr über ausreichend eigene Wohnungen und der soziale Wohnungsbau ist noch nicht ausreichend vorangekommen, so dass Menschen mit Vermittlungshemmnissen vor besonders großen Herausforderungen stehen.

Die FDP sieht ebenfalls den Bedarf für einen Einstieg in eine Wohnraumvermittlung mit Wohnraumbegleitung im Kreis. Die FDP begrüßt ebenfalls den Antrag der Brücke e.V. und die hiermit wieder erfolgte Fokussierung auf dieses Themenfeld. Jedoch soll vor einer Projektfinanzierung noch weiter nach Alternativen gesucht und die geplante Projekt-Umsetzung mit ausreichend Zeit und fachlicher Expertise geprüft werden. Einen „Schnellschuss“ lehnen wir hier ab. Es geht um hohe finanzielle Mittel und um ein Projekt mit Verstetigungsbedarf. Der Einbezug von weiterer Expertise ist zwingend erforderlich. Es gibt ggf. auch noch andere Anbieter und es sollen vorher alle Beratungsmöglichkeiten genutzt werden, die die Verwaltung im Ergebnis zum Prüfauftrag vorgeschlagen hat.

Beispiel für einen weiteren Expertisengeber: <https://www.hempels-sh.de/projekte/hempels-hilft-wohnen> (Vorteil: Verfügen über eigene Wohnungen, Erfahrung und Praxis in diesem Thema).

Es sind auch noch viele Fragen zum Projekt vorhanden. Beispiele: Wir haben z.B. erfahren, dass Vermieter nach der ersten Phase der erfolgreichen Begleitung nur „ungern“ loslassen und später wieder auf Bürgschaften / Sicherheiten verzichten wollen. Es stellt sich somit die Frage, wie lange werden Kreismittel / Kreissicherheiten gestellt / benötigt? Welche Sicherheiten und Anreize für Vermieter werden benötigt, was sind Alternativen dazu – Ankauf von eigenen Wohnungen? Es sind noch viele Einzelheiten des Projektes zu verstehen und zu hinterfragen, damit dem Projekt guten Gewissens zugestimmt werden kann.

Wichtig ist uns hierbei auch der Einbezug der Kommunen – z.B. über den Gemeindetag.

Die Kreisverwaltung ist auch nach der Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass sie nicht die Ressourcen / Expertise hat, das Projekt selbst mit beim Kreis angestellten Personen durchzuführen. Der folgende Vorschlag aus dem Prüfauftrag der Verwaltung findet bei uns Anklang. Es soll zunächst ein Budget für 2023 bereitgestellt werden, die Förderintentionen des Landes geprüft werden und die Umsetzung für ein Projekt „Wohnen für Alle“ begonnen werden. Abweichend vom Vorschlag der Verwaltung sehen wir die Wohnraumakquise und die Wohnbegleitung als untrennbare Bestandteile. Ein Projekt ohne Wohnraumbegleitung ist auch aus unserer Sicht nicht erfolgsversprechend.

Kurz: Wir müssen uns Zeit nehmen, damit solch ein Projekt auch höchstwahrscheinlich erfolgreich sein kann, keine finanziellen Mittel verschwendet werden und das Ziel des Antrages höchstwahrscheinlich erreicht werden kann. Vielleicht fehlen dem Konzept WohnECK auch nur finanzielle oder personelle Ressourcen für die weitere Ausweitung und Kooperation mit anderen Kreisen. Die dort handelnden Personen sollten zu der Beratung mit eingeladen werden. Bei Erfolg solch eines Projektes ist eine anschließende Verstetigung möglich.

Mit freundlichen Grüßen
René Banaski
FDP-Kreistagsfraktion
Rendsburg-Eckernförde